

GROSSER RAT

GR.23.306

VORSTOSS

Motion Tonja Burri, SVP, Hausen (Sprecherin), Miro Barp, SVP, Brugg, Patrick von Niederhäusern, SVP, Brugg, vom 19. September 2023 betreffend Asylunterkünfte ohne Wohnungskündigungen

Text:

Der Regierungsrat wird beauftragt, die benötigten Asylunterkünfte herzurichten und dabei sollen keine Mietkündigungen der ständigen Bevölkerung nötig sein.

Begründung:

Städte und Gemeinden in der ganzen Schweiz sind am Limit. Sie sind rechtlich verpflichtet, die Flüchtlinge und vorläufig Aufgenommenen unterzubringen. Der Wohnraum ist knapp. Unbescholtenen Bürgerinnen und Bürgern werden die Wohnungen gekündigt, um Asylbewerbern Platz zu machen. Tragischerweise handelt es sich dabei um Liegenschaften mit sehr günstigen Mietzinsen, die hauptsächlich von Menschen mit tiefen Einkommen bewohnt werden. Wo sollen diese auf dem ausgetrockneten Liegenschaftsmarkt bezahlbaren Wohnraum finden?

So geschah es in Windisch. Dort hatte der Kanton mit den Gemeindebehörden Kontakt und nahm deren Vorbehalte zur Kenntnis, ignorierte sie jedoch respektlos. Derselbe Regierungsrat empfahl beim Ausrufen der Asylnotlage, verhältnismässig und zurückhaltend vorzugehen. In der Folge missachtete er seine eigenen Grundsätze.

Von Jahr zu Jahr werden mehr Plätze benötigt und es scheint weder beim Bund noch beim Kanton ein Konzept für die Unterbringung von Asylsuchenden zu geben. Wir stehen nicht nur mit dem Rücken zur Wand wie der Fall Windisch zeigt, sondern das Fass läuft bereits über.

Mitunterzeichnet von 23 Ratsmitgliedern